



Bekanntmachungstext gemäß § 12 VOL/A

a) Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind

Deutscher Bundestag, Verwaltung
Referat ZT 6 - Vergaben
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-33234
Fax: 030/227-30374
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

Geschäftszeichen/Vergabenummer: **ZT6-1133-2012-366-16-ZT530** (Bitte angeben!)

b) Art der Vergabe

Öffentliche Ausschreibung

c) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Schriftlich im verschlossenen Umschlag und mit einer den Vergabeunterlagen beiliegenden Angebotsbeschriftung versehen.
Eine elektronische Angebotsabgabe ist nicht möglich.

d) Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung

Vertragsgegenstand ist die Lieferung, Wartung und Instandsetzung während der Dauer der Gewährleistung eines 3-Rad Elektrogabelstaplers Der 3-Rad Elektrogabelstaplers soll im Inneneinsatz durch eine Person betrieben werden.

Möbellager des Deutschen Bundestages in Berlin-Spandau.

e) Gegebenenfalls Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Eine Teilung in Lose ist nicht vorgesehen.

f) Gegebenenfalls Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Maximal 9 Wochen nach Auftragserteilung.

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

Siehe a)

i) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Ende der Angebotsfrist: 17.12.2012, 12.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31.01.2013

j) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

Keine

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

Leistungsbeschreibung und Besondere Vertragsbedingungen, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

l) Mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen, die die Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangen**Nachweise, die mit dem Angebot vorzulegen sind**

- Sofern der Einsatz eines **Unterauftragnehmers** beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.
 - Sofern die Bildung einer **Bietergemeinschaft** beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die nachfolgend genannten Nachweise beizufügen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks).
 - Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben.
 - Eigenerklärung über die Eintragung im **Handelsregister**/ in der **Handwerksrolle** oder Auszug aus dem **Berufsregister**, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1 des Angebotsvordrucks).
 - Angabe von drei **aussagekräftigen Referenzen** über vergleichbare Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Sie werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Bei Angabe von mehr als drei Referenzen werden nur die ersten drei Referenzen berücksichtigt. Referenzen von mit dem Bieter verbundenen Unternehmen werden nicht akzeptiert (Punkt 3.6 des Angebotsvordrucks).
 - Aussagekräftige Prospekte mit technischer Beschreibung der angebotenen Produkte.
-

- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung „INS“ (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).

Nachweise, die auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung vorzulegen sind
-Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 500.000 Euro für Personen- und Sachschäden; Laufzeit mindestens entsprechend des Vertragszeitraums)

Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden

- Auszug aus dem **Gewerbezentralregister** beim Bundesamt für Justiz:
- Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

m) Sofern verlangt, Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen bei Öffentlichen Ausschreibungen

Keine

n) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden

Den Zuschlag erhält das wirtschaftlich günstigste Angebot nach den sich aus dem Bewertungsschema ergebenden Kriterien.

o) Sonstige Hinweise

Die Beantwortung nicht rechtzeitig gestellter Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.